IPG

KOMMENTAR 01.03.2015 | Yariv Oppenheimer

Das Ende der Zweistaatenlösung und die Niederlage des Zionismus

Es gibt keine Alternative zur Teilung des Landes.

Seit dem Scheitern des amerikanischen Versuchs, die Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern zu erneuern, bekämpfen sich Israelis und Palästinenser auf der internationalen Bühne. Dabei geht es insbesondere um die Frage der Anerkennung eines palästinensischen Staates. Großbritannien, Schweden, Spanien und das Europäische Parlament haben sich bereits für eine Anerkennung Palästinas ausgesprochen – trotz diplomatischer Anstrengungen Israels, genau das zu verhindern.

Die israelische Regierung fordert von der Staatengemeinschaft, auf die Ergebnisse des Verhandlungsprozesses zu warten. Zunächst kann man kann die Ablehnung der israelischen Seite verstehen. Oftmals ist das fast schon ein Reflex. Doch in der Realität ist es gerade die israelische Ablehnung eines palästinensischen Staates, die im anti-israelischen Lager Verbündete finden könnte.

Das Vorgehen von Mahmoud Abbas bedroht in den Augen der israelischen Regierung den Staat Israel und seinen internationalen Status. Doch tatsächlich wäre die internationale Anerkennung eines palästinensischen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967 auch die Anerkennung des Staates Israel. Laut der politischen Rechten in Israel würde das vielleicht den Verzicht auf die Heimatgebiete in Judäa und Samaria bedeuten. Doch was den Staat Israel insgesamt betrifft, wäre das eine klare Bekundung des Rechtes Israels, an der Seite eines palästinensischen Staates zu existieren.

Zweistaatenlösung als

Anerkennung Israels

Dieser Wille der Palästinenser ist faktisch das Einverständnis und die Anerkennung der Tatsache, dass der Zionismus kein vorübergehendes Phänomen ist und dass Israel eine Realität an der Seite des palästinensischen Staates sein wird. Nicht von ungefähr lehnen die Extremisten in der arabischen Welt Mahmoud Abbas und dessen Politik ab. In ihren Augen setzt er lediglich den Irrtum von Yasser Arafat fort, der die Oslo-Verträge unterzeichnet und damit den Staat Israel auf Kosten eines „Großpalästinas“ anerkannt hat.

Der Tag, an dem die Siedler siegen und die Palästinenser auf einen eigenen Staat verzichten, ist auch der Tag der Niederlage Israels und des Zionismus.

Heute mobilisiert die israelische Regierung alle verfügbaren Kräfte gegen diese Anerkennung Palästinas. Doch in einigen Jahren werden sich die Beamten des Außenministeriums nach den Tagen sehnen, in denen sie gegen die Zweistaatenlösung gekämpft haben.

Denn die Alternative zur Zweistaatenlösung ist klar: Ein binationaler Staat, in dem zwei Nationalbewegungen mit entgegengesetzten Interessen und Bestrebungen aufeinanderprallen. Es wäre ein Staat im Gegensatz zur zionistischen Idee, die sich die Errichtung eines jüdischen und demokratischen Staates mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit und gleichen Rechten für alle auf die Fahne geschrieben hat.

Es ist genau diese Ein-Staaten-Lösung, die der schärfste Gegner Israels befürwortet: Iran. Wiederholt hat das Regime in Teheran seine Vorstellung über Palästina formuliert. Teheran fordert ein unter allen Bewohnern Israels und Palästinas abzuhaltendes Referendum. Das soll über Regierung, Namen und Charakter des Staates befinden.

Dieser Vorschlag ist die neue Waffe der Gegner des Zionismus und der anti-israelischen Bewegungen: Militärische Auseinandersetzungen, Vertreibungen der Juden und Terrorakte sind nicht notwendig. Auch in der öffentlichen Darstellung ist eine Ein-Staaten-Lösung einfacher zu vertreten als die Forderung, die Existenz Israels zu beseitigen. Die Forderung nach einem einzigen Staat ist deshalb die Vorzugsoption der antiisraelischen Strömungen, um die zionistische Vision zu beenden.

Zur Verwirklichung dieser Vision muss von den Israelis lediglich gefordert werden, allen Bewohnern Israels und der besetzten Gebiete das Wahlrecht zu erteilen und eine demokratische Wahl auf der Grundlage „eine Person – eine Stimme“ durchzuführen. Man kann sich die

internationalen Reaktionen angesichts von Massenaufmärschen junger Palästinenser vorstellen, die Identitätsausweise und ihr Wahlrecht fordern. Was wird Israel sagen, wenn die Forderung nach zwei Staaten von der Forderung nach dem Wahlrecht abgelöst wird? Wie kann Israel weiterhin ein demokratischer Staat sein, wenn dreieinhalb Millionen Palästinensern das Wahlrecht versagt wird?

Wie kann Israel weiterhin ein demokratischer Staat sein, wenn dreieinhalb Millionen Palästinensern das Wahlrecht versagt wird?

Doch klar ist auch: Sollte Israel den Palästinensern das volle Wahlrecht gewähren, würde der „Staat Israel“ schnell in den „Staat Palästina“ verwandelt werden. Es käme zu einer Änderung der Einwanderungsgesetze weg von einer freien Einwanderung von Juden hin zu einem Zustrom palästinensischer Flüchtlinge. Darüber hinaus würden Fahne, Hymne und der jüdische Charakter des Staates beendet. Das wäre der Todesstoß für die zionistische Bewegung.

In absurder Weise wären gerade die israelischen Siedler die engsten Verbündeten dieses Vorgehens. Sie rufen die Israelis tagtäglich dazu auf, die sogenannte grüne Linie von 1967 zu überqueren und in den besetzten Gebieten zu leben. Sie fordern von der Regierung, die Bautätigkeit dort auszuweiten und dort mehr Geld zu investieren. Sie versuchen auf jedem Weg, sich jedes Hügels zu bemächtigen und sie sind es, die mit ihren Handlungen die postzionistischen Bewegungen in ihrem Kampf gegen Israel unterstützen.

Die Siedler haben eine klare Ideologie: Je größer ihre Zahl in den besetzten Gebieten, desto geringer die politische Möglichkeit, sie von dort zu entfernen. So wird aus einer Zweistaatenlösung nur noch Theorie. Es geht darum, Tatsachen zu schaffen und die israelische Präsenz in den besetzten Gebieten zu zementieren. Dabei wird diese Strategie der Siedler von ihnen nicht verhehlt. Im Gegenteil: Sie betonen bei jeder Gelegenheit, dass sie es sind, die vor Ort einen Staat aufbauen, den man nicht teilen kann, während die Politiker über zwei Staaten verhandeln.

Heute leben alleine in der West Bank 341.000 Siedler. Das sind weniger als fünf Prozent der israelischen Bevölkerung. Die meisten Siedler leben in Siedlungsblöcken, die im Rahmen einer zukünftigen Regelung nicht geräumt werden sollen. Die Zahl der Siedler, die im Zuge eines Abkommens die besetzten Gebiete verlassen müssten, würde – je nach Bedingungen – ungefähr 150.000 betragen. Doch die Siedlerbevölkerung wächst. Alleine im Jahr 2014 wurden um die 3 100 neue Wohneinheiten

gebaut. Im Vergleich zu 2013 ist das eine Zunahme von etwa 40 Prozent. Auch in Ostjerusalem versuchen die Siedler, Tatsachen zu schaffen, um einen Kompromiss zu verhindern. Wenn in der Gesamtsicht die Siedlungen errichtet werden, um eine Teilung des Landes zu verhindern, so haben wir es in Jerusalem mit einer noch pointierteren Strategie zu tun. Sie stützt sich auf die Prämisse, dass die Zweistaatenlösung ohne einen Kompromiss in Jerusalem nicht verwirklicht werden kann.

Israel vs. Siedler

Der Kampf der Siedler steht dem Interesse Israels entgegen. Der Tag, an dem sie siegen und es ihnen gelingt, die Palästinenser zur Verzweiflung und zum Verzicht auf einen eigenen Staat zu treiben, ist auch der Tag der Niederlage Israels und des Zionismus.

Dazu gehört auch das Aneignen der Position der israelischen Rechten, dass es für eine Teilung des Landes schon zu spät sei. Auch der Tag, an dem die Welt der Vision von zwei Staaten den Rücken kehrt und eine Ein-Staaten-Lösung unterstützt, wird der Tag der Niederlage Israels sein.

Denn die Ein-Staaten-Lösung ist nicht durchführbar. Die Vision von einem Verzicht des palästinensischen und des jüdischen Volkes auf ihre entgegengesetzten nationalen Bestrebungen zugunsten eines gemeinsamen Staates kann nicht verwirklicht werden. Das Wesen des Zionismus, die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk, kann sich nicht in einem Staat verwirklichen, in dem 50 Prozent der Bürger keine Juden sind. Das gleiche gilt für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in einen Staat, in dem 50 Prozent der Bürger Zionisten sind. Der Kampf um die Identität des Staates würde nicht aufhören. Die Idee eines einzigen Staates würde nicht verwirklicht werden. Eine Forderung der Palästinenser, statt auf nationale Bestrebungen auf volle politische Gleichberechtigung in einem Staat zu setzen, wäre die größte Bedrohung für die Zukunft des Staates Israel. Diese Bedrohung ist das zentrale Instrument, mit dem die Palästinenser die öffentliche Meinung in Israel ändern können, damit diese versteht, dass keine Alternative zu zwei Staaten existiert.



Yariv Oppenheimer
Tel Aviv

Yariv Oppenheimer ist Vorstandsvorsitzender von „Peace Now", einer israelischen Nichtregierungsorganisation, die sich für eine Zwei-Staaten-Lösung des Israel-Palästina-Konflikts einsetzt.

15 LESERBRIEFE

Peter Wild schrieb am 01.03.2015

Diese Analyse beinhaltet zwar nicht viel Neues, trifft aber gleichwohl voll und ganz zu. Doch es ist allein Sache des heutigen Israels festzulegen, wohin die Reise gehen soll. Der Deutsche Bundesregierung bleibt nur, nüchtern die noch besehenden Chancen für eine Zwei-Staaten-Lösung prüfen. Gibt es diese nicht mehr, ist die Staatsdoktrin Deutschlands hinsichtlich des Erhalts dieses Staats auf Sand gebaut. Doch was ist von einer Regierung zu erwarten, für die nicht einmal die Tatsache der besetzten Gebiete real genug ist, um sie wenigstens zur Kenntnis zu nehmen?

Daniel Samson schrieb am 02.03.2015

Die einzige Möglichkeit, die ich sehe, um einen Frieden herzustellen, ist, dass das alle israelischen Siedlungen im Westjordanland und Ost-Jerusalem restlos geräumt werden und somit die Gründung eines Palästinenserstaates ermöglicht wird. Desweiteren ist meiner Ansicht nach die Frage nach dem Status Jerusalems dadurch zu lösen, dass entweder die Stadt geteilt wird oder durch die beiden nun selbstständigen Staaten gemeinsam verwaltet wird.
Doch die israelische Rechte arbeitet an einem Großisrael, indem für Palästinenser kein Platz ist und möchte diese deshalb vertreiben. Dies wird z.T. offen durch deren Vertreter ausgesprochen (z.B. den Außenminister Liberman).

Mommsen schrieb am 02.03.2015

Ein mutiger Beitrag, der allerdings nur 0,5 Prozent der Israelis repräsentiert.

Dr. Reinhardt Gutsche schrieb am 02.03.2015

UNO-Resolution 181

Die Lösung des Nahost-Konfliktes scheint in der Tat nur durch die völkerrechtliche Anerkennung eines souveränen Arabischen Staates auf dem Territorium des fru□heren Mandatsgebietes Palästina und der Selbstbestimmung der arabischen Palästinenser möglich zu sein. Dies, und nur dies, entspräche auch dem Geist und den Buchstaben der Resolution 181 (II) der UN-Generalversammlung vom 29. November 1947, die bekanntlich beschloß, „in Palästina (solle) ein unabhängiger arabischer Staat und ein unabhängiger ju□discher Staat sowie das in Teil III dieses Plans vorgesehene internationale Sonderregime fu□r die Stadt Jerusalem“ entstehen. Integraler Bestandteil und notwendige Implikation dieses Planes war bekanntlich die Schaffung einer „Palästinischen Wirtschaftsunion“, deren Ziel es war, „im gemeinsamen Interesse und auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung, eine Zollunion und ein gemeinsames Währungssystem mit einem einzigen Wechselkurs“ zu schaffen sowie „den Betrieb von Eisenbahnen, Straßenverbindungen zwischen den Staaten, Post- und Fernmeldediensten sowie von Häfen und Flughäfen“ einzubeziehen. Dadurch sollte ferner die „gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere

hinsichtlich Bewässerung, Landgewinnung und Bodenerhaltung“ und der „Zugang beider Staaten und der Stadt Jerusalem zu Wasser und Energiequellen auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung“ gewährleistet werden. „Die in der Erklärung enthaltenen Bestimmungen (sollten) als Grundgesetze des Staates anerkannt (werden). Gesetze oder sonstige Vorschriften oder Amtshandlungen dürfen zu diesen Bestimmungen nicht im Widerspruch stehen oder sie beeinträchtigen noch vor ihnen Vorrang haben.“

In der Resolution wird der Sicherheitsrat aufgefordert, „jeden Versuch, die in dieser Resolution vorgesehene Regelung gewaltsam zu ändern, als eine Bedrohung oder einen Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung, gemäß Artikel 39 der Charta“ zu betrachten. Die fortdauernde Annexions- und Okkupationspolitik der israelischen Regierung dürfte diesen Tatbestand hinreichend erfüllen.

Wenn diese UNO-Resolution die völkerrechtliche conditio sine qua non der Errichtung des jüdischen Staates von Palästina bildet, dann sind es folglich deren Bestimmungen auch für dessen gesicherte Fortexistenz.

Es wäre also im existenziellen Interesse Israels, dieser Resolution einschränkungslos zu respektieren und insbesondere auf der Grundlage der Zweistaaten-Lösung in den 1947 fixierten Grenzen eine Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen, um auch den arabischen Palästinensern endlich eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie sozial-ökonomische Perspektive zu eröffnen. Ohne eine solche Perspektive wird auf Dauer die sichere Existenz von Israel, des ju□dischen Staates von Palästina im Sinne der UNO-Resolution 181, nicht zu gewährleisten sein.

Die Kanzlerin erhob die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsraison. Ein deutliches Signal der deutschen Politik in dieser Hinsicht ist nicht zuletzt angesichts der besonderen historischen Schuld Deutschlands gegenu□ber dem ju□dischen Volk geboten. „It‘s ecomomic, stupid!“

Ludwig Bez schrieb am 03.03.2015

Die sinnvollste politische Lösung scheint mir darin zu liegen, daß der Staat Israel, wo auch immer die Grenzen gezogen werden, sich ein Grundgesetz gibt, das

festschreibt, daß alle Bürger des Landes die gleichen Rechte besitzen, gleich welcher Religion, Kultur oder ethnischer Zugehörigkeit.Das bedeuted der Verzicht auf die Idee eines sogenannten "Judenstaates" , der von der Annahme ausgeht, dass es ein Staat nur für Juden geben könne. Die Deviese lautet: Für ein weltoffenes, demokratisches und modernes Israel.
Für uns alle bedeuted das, dass wir unablässig an der Überwindung von Antisemitismus und Rasissmus arbeiten müssen, damit Menschen jüdischen Glaubens überall und zu jeder Zeit Juden sein können, so wie wir das für alle anderen Glaubensgemeinschaften auch fordern.

Zur Frage: "wer ist Jude?"
Im Jahr 2015 hat es in Baden-Württemberg eine Judenzählung gegeben, um festzustellen, wieviel Zuschüße das Bundesland nach dem bestehenden Staastvertrag der Israelitischen Religionsgemeinde Baden zahlen muß. Es gab unterschiedliche, konkurierende Zählweisen.Das Land hatdie Zahlen der IRG Baden nicht anerkannt. Bei Christen und Muslimen genügt eine Selbstauskunft. Das Land wollte die Zahl eher klein fassen, die IRG Baden hatte einen nach ihrem

Selbsverständnis gültigen Maßstab zu Grunde gelegtin der Frage: wer ist Jude und damit zuschußberechtigt. Die Differenz lag bei ca. 700 Personen.
Darauf hin hat das Kultusministerium verfügt, wie zu zählen ist. Inzwischen hat sich die Sache etwas harmonisiert. Der bittere Geschmack bleibt.

Ludwig Bez

Lillian Rosengarten schrieb am 03.03.2015

LESERBRIEF SCHREIBEN

Once it was possible to have a two state solution. In my view this is no longer an option. . My deepest belief holds that peace can come only when Israel/Palestine are a unified country living under mutual democracy, with dignity and equal rights. Zionism has succeeded only in destroying the dream of Israel as a Beacon of Light for the rest of the world. Lillian Rosengarten, refugee Nazi Germany .

author: "Ein bewegtes Leben Von den Schaden Nazi-Deutschlands zum jüdischen Boot nach Gaza"

(Zambon , July 2014)

Dr.iur.utr. Karl Eckhart Heinz, Bonn schrieb am 04.03.2015

Der Autor ist in den Vorstellungen des 20. Jahrhunderts befangen, dass ein moderner Staat ein "demokratischer" Staat sein müsse, wobei aber unklar ist, was Demokratie bedeutet. Denn es gibt bisher keine "Demokratie"-Theorie.

Ein gemeinsamer Staat für Israelis und Palästinenser - im Sinn der Politologie ein "segmentierter Staat" - kann nur ein "Gemeinschaftsstaat" sein gemäß den Prinzipien, wie sie in den Europäischen Gemeinschaften verwirklicht wurden. Denn nur dann sind Herrschaftsstrukturen ausgeschlossen, die keiner der Beteiligten akzeptieren könnte.

Zwar ließe sich auch eine Zweistaatenlösung für Palästina im Sinn einer Gemeinschaft einrichten, doch würde dies an den Problemen Jerusalems und der jüdischen Siedlungsinteressen scheitern. Deshalb kommt hier nur ein Gemeinschaftsstaat in Betracht, in dem Araber und

Juden als Teile einer einzigen Bürgerlichen Gesellschaft zusammenleben. Der Zionismus verliert dabei vielleicht seine politische Bedeutung, bewahrt aber seine Identität als Religion.

---

max schrieb am 04.03.2015

Ich fürchte, die tatsächliche Option der israelischen Rechten wurde hier nicht genannt. Ein Staat, mit einer Menge möglichst weitgehend integrierter arabischer Einwohner, die jedoch keine politischen Rechte haben werden. Das wurde bereits so formuliert. Der Plan, einen eindeutigen Apartheidsstaat zu etablieren wird nicht hinter vorgehaltener Hand diskutiert, sondern als ausdrückliche Möglichkeit.

Ute Plass schrieb am 04.03.2015

Weiterführende Vertiefung bietet die Lektüre des israelischen Historikers Moshe Zuckermann:

" ISRAELS SCHICKSAL -

Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt "

Sredni schrieb am 04.03.2015

Zionistische Antwort:

"Diesen Artikel hat Yariv Oppenheimer, Chef links-radikaler anty-israelischer Organisation Schalom Achschaw, die durch palästinensische Organisationen und europäische Staaten finanziert ist, geschrieben. Man muß hier einige Sachen richtig stellen, da Herr Oppenheimer vertritt hier nur seine Träume: 1. Die israelische Regierung mit Recht fordert zu warten auf die Ergebnisse der Verhandlungen mit palästinensischen Arabern zu warten, weil so war entschieden in dem Oslo-Vertrag. Abbas hat gebrochen eigentlich jeden Punkt in diesem Vertrag und europäische Parlamente handeln gegen diesen Vertrag, den sie selbst garantierten. 2. „Doch tatsächlich wäre die internationale Anerkennung eines palästinensischen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967 auch die Anerkennung des Staates Israel.“... halloo Herr Oppenheimer... Israel wurde anerkannt im Jahre 1948, also braucht es keine zweite Anerkennung. Und die „Grenzen“ von 1967 sind keine Grenzen, sondern Waffenstillstandslinien... die Grenzen sollten erst durch die Verhandlungen festgestellt werden. Wenn

die Arabern sprechen von den „Grenzen 1967“ heißt das die Grenzen von 1949. 3. „Israel eine Realität an der Seite des palästinensischen Staates sein wird“... Israel, Herr Oppenheimer, IST eine Realität, Israel war schon ein Königsreich vor einigen tausend Jahren, ein „palästinensischer Staat“ hat niemals existiert und auch bis 1967 niemals gefordert von den Arabern, die bis 1967 ganz friedlich und ohne Proteste unter der jordanischer Besetzung gelebt haben. 4. Wirklich „die Alternative zur Zweistaatenlösung ist klar: Ein binationaler Staat“??? In Israel gibt es einige Lösungen für dieses Problem, nicht nur die Demagogie des Herrn Oppenheimer. ... und...

Otto Kern schrieb am 12.03.2015

---

1. Zunächst ist einmal festzuhalten, dass die arabischen Staaten 1948 die Gründung eines arabischen Palästina verhindert haben. Ägypten annektierte den Gazastreifen und Jordanien die Westbank.
2. Es war ein Fehler von Israel sich 1956 von England und Frankreich in einen Krieg gegen Ägypten hineinziehen zu lassen.
3. 1967 kam es zu einem Präventivkrieg Israels, weil Ägypten verlangt hatte, die UN-Truppen von der Grenze

abzuziehen, die Durchfahrt israelischer Schiffe durch den Suezkanal zu verweigern und den Golf von Akaba sperrte.
4. Statt sich mit Russland wegen der Krim und der Ostukraine anzulegen, was Israel nicht tut (im Gegenzug verhält sich Russland im palästinensisch-israelischen Konflikt ziemlich neutral, nicht zuletzt wegen der 1 Million russischstämmiger Juden), sollten der Westen und Russland gemeinsam bei der Lösung des Nahostproblems helfen.
5. Leider versteht sich Netanjahu im Nahen Osten als Rammbock der reaktionärsten Kräfte der USA. Zu hoffen ist, dass die israelische Bevölkerung dies bald merkt.
6. Früher oder später wird sich Israel gezwungen sehen, für alle Einwohner eine israelische Staatsbürgerschaft einzuführen.
7. Schwule Palästinenser fliehen heute schon nach Israel. Der Westen interessiert sich aber nur für die russische Schwulenpolitik und nicht für die arabisch-islamische.
8. Als Atheist würde ich lieber in Israel als in irgendeinem arabischen Land leben.

Peter Pein schrieb am 13.03.2015

Es wäre zum Verzweifeln, lebte ich nicht so weit weg von 'Palästrisrael'. Auf der einen Seite findet man militante Idioten, die es für legitim halten, Raketen auf Großstadte abzuschießen, auf der anderen Seite findet man militante Idioden, die Besatzung und Vereinnahmung außerstaatlicher Ressourcen 'Siedeln' nennen. Ohne eine Besinnung auf die gegenwärtigen Zustände und dem Hinnehmen von Vergangenem als Gewesenes wird es dort wohl nie Frieden geben; schade!

Peter Wild schrieb am 14.03.2015

@ Otto Kern
Deine Anmerkungen könnten, ja müssten eigentlich, in vielfacher Hinsicht berichtigt oder ergänzt werden. Leider gestattet das die Zensur nicht. Und das liegt nicht etwa daran, dass dieser Artikel mit Kommentaren überschüttet würde. Daher nur so viel: Nichts von dem, was Du da aufführst, stimmt.

Jean Fassbender schrieb am 20.03.2015

Alles Theorie, was hier an Ideen aufgezeigt wird. Welche Staatsform ist völlig unwichtig, da nur ein Problem besteht: Araber und Palästinenser kennen kein israelisches Recht, einen eigenen jüdischen Staat zuhaben. Alles Land gehört den Palästinensern und Juden sind nur geduldet. Zwei Staaten akzeptieren sie nie, nur einen palästinensischen Staat. Also haben Palästinenser das Recht, Israel zu vernichten. Erst, wenn diese Auffassung von den PÄLÄSTINENSERN verworfen wird, kann es echten Frieden geben, gleichgültig in welcher staatlichen Organisation.

E.C. schrieb am 18.05.2015

Weiß jemand etwas über die hintergründe eines Gerüchtes, die Israelis verlangten von den Palästinensern als Entgegenkommen für konkrete Verhandlungen einen Verzicht auf die Gültigkeit aller Grundbucheinträge, die vor der Gründung Israels getätigt wurden? Das würde doch letztlich darauf hinauslaufen, dass die Palästinenser einen Staat bekämen, aus dem man sie wegen fehlenden Grundbesitzes jederzeit deportieren könnte.